

# EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

---

*Plenarsitzungsdokument*

12.11.2008

B6-058772008

## **ENTSCHLIESSUNGSANTRAG**

eingereicht im Anschluss an Erklärungen des Rates und der Kommission

gemäß Artikel 103 Absatz 2 der Geschäftsordnung

von Adamos Adamou, Vittorio Agnoletto und Dimitrios Papadimoulis

im Namen der GUE/NGL-Fraktion

zu HIV/Aids: Früherkennung und Behandlung im Frühstadium

**Entschließung des Europäischen Parlaments zu HIV/Aids: Früherkennung und Behandlung im Frühstadium**

*Das Europäische Parlament,*

- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 24. April 2007 zur Bekämpfung von HIV/Aids in der Europäischen Union und in den Nachbarländern (2006-2009)<sup>1</sup>,
- unter Hinweis auf die Erklärung von Bremen vom 13. März 2007 über „Verantwortung und Partnerschaft – gemeinsam gegen HIV/Aids“,
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 6. Juli 2006 zu „HIV/Aids: Time to deliver“<sup>2</sup>,
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 30. November 2006 zu Aids<sup>3</sup>,
- unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Rates vom 6. Juni 2005 zur Bekämpfung von HIV/Aids,
- in Kenntnis der Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament zur Bekämpfung von HIV/Aids in der Europäischen Union und in den Nachbarländern, 2006-2009<sup>4</sup>,
- in Kenntnis der Erklärung von Dublin zur Partnerschaft zur Bekämpfung von HIV/Aids in Europa und Zentralasien, angenommen auf der Ministerkonferenz „Barrieren durchbrechen – Partnerschaft zur Bekämpfung von HIV/Aids in Europa und Zentralasien“, die im Rahmen der irischen Ratspräsidentschaft am 23. und 24. Februar 2004 abgehalten wurde,
- in Kenntnis des Berichts von UNAIDS/WHO Europa 2008 mit dem Titel „Fortschritte bei der Umsetzung der Erklärung von Dublin zur Partnerschaft bei der Bekämpfung von HIV/Aids in Europa und Zentralasien“,
- unter Hinweis auf die „Erklärung von Vilnius“ zu Maßnahmen zur verstärkten Bekämpfung von HIV/Aids in der Europäischen Union und ihren Nachbarländern, angenommen von Ministern und Regierungsvertretern aus der Europäischen Union und ihren Nachbarländern auf der Konferenz „Europa und HIV/Aids – Neue Herausforderungen, Neue Chancen“, die am 16./17. September 2004 in Vilnius (Litauen) abgehalten wurde,
- unter Hinweis auf das HIV/Aids-Programm der WHO von 2006 „Für einen allgemeinen Zugang bis 2010“,

---

<sup>1</sup> *Angenommene Texte*, P6\_TA(2007)0137.

<sup>2</sup> *Angenommene Texte*, P6\_TA(2006)0321.

<sup>3</sup> *Angenommene Texte*, P6\_TA(2006)0526.

<sup>4</sup> KOM(2005)0654.

- in Kenntnis der Eurobarometer-Umfrage zur Prävention von Aids vom Februar 2006,
  - gestützt auf Artikel 103 Absatz 2 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass aus dem Jahresabschlussbericht 2006 von EuroHIV hervorgeht, dass sich im Zeitraum 1999-2006 in der Europäischen Union 269 152 Menschen und in der Region Europa der Weltgesundheitsorganisation (WHO) 806 258 Menschen neu mit HIV infiziert haben,
  - B. in der Erwägung, dass nach Angaben im Jahresabschlussbericht 2006 von EuroHIV 11 % aller HIV-Neuinfektionen junge Menschen unter 25 Jahren betreffen,
  - C. in der Erwägung, dass die Berichte von EuroHIV und UNAIDS bestätigen, dass die Zahl der HIV-Neuinfektionen in der Europäischen Union sowie in den Nachbarländern nach wie vor in erschreckendem Maße ansteigt und dass die geschätzte Zahl der HIV-Infizierten in einigen Ländern nahezu das Dreifache der offiziellen Zahl beträgt,
  - D. in der Erwägung, dass sich im Jahr 2006 trotz der gestiegenen Zahl der HIV-Infektionen der stetige Rückgang der Zahl der in den letzten Jahren diagnostizierten Aids-Fälle fortgesetzt hat, wobei im Jahr 2006 im Vergleich zu 1999 nach Angaben des Jahresabschlussberichts 2006 von EuroHIV 40 % weniger Fälle diagnostiziert wurden,
  - E. in der Erwägung, dass ein Großteil der HIV-Infektionen nicht erkannt wird; unter Hinweis darauf, dass viele Menschen nicht wissen, ob sie infiziert sind oder nicht, und ihre Infektion wahrscheinlich erst dann entdecken, wenn sie unter Krankheiten leiden, die durch HIV/Aids bedingt sind,
  - F. in der Erwägung, dass die Ansteckungsgefahr von HIV bei gleichzeitigem Auftreten anderer sexuell übertragbarer Krankheiten (wie Gonorrhö, Chlamydien, Herpes und Syphilis) wesentlich zunimmt,
  - G. in der Erwägung, dass die Epidemie unter Drogenkonsumenten, die sich ihre Drogen intravenös verabreichen, einer der Gründe für die rasche Ausbreitung der HIV-Infektion in vielen osteuropäischen Ländern ist,
  - H. in der Erwägung, dass HIV/Aids eine übertragbare Krankheit ist und daher die Gefahr einer Ansteckung über latent Infizierte besteht,
  - I. in der Erwägung, dass aus den Ergebnissen des Berichts von UNAIDS/WHO Europa „Fortschritte bei der Umsetzung der Erklärung von Dublin zur Partnerschaft zur Bekämpfung von HIV/Aids in Europa und Zentralasien“ hervorgeht, dass nur wenige der 53 Länder in der Region Europa Maßnahmen gegen Stigmatisierung und Diskriminierung und zum Schutz der Menschenrechte unternommen haben, die den in der Dubliner Erklärung gegebenen Zusagen entsprechen,
  - J. in der Erwägung, dass der umfassende Schutz der Menschenrechte für jedweden Aspekt der Bekämpfung von HIV von grundlegender Bedeutung ist,
  - K. in der Erwägung, dass es dringend geboten ist, zur Bekämpfung der Epidemie über die

Grenzen hinweg zusammenzuarbeiten,

- L. in der Erwägung, dass das Leben von HIV-Infizierten durch die Behandlung mit neuen Medikamenten verlängert werden kann, dass der Virus jedoch nicht abgetötet wird, weshalb die Zahl der Menschen in Europa steigt, die mit HIV/Aids leben,
- M. in der Erwägung, dass wirksame Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit, die die Möglichkeiten der Früherkennung einer HIV-Infektion verbessern, ergriffen werden müssen, damit die Zahl der Neuinfektionen gesenkt werden kann,
  1. fordert Rat und Kommission auf, eine Strategie zu HIV-Infektionen mit folgenden Zielsetzungen zu erarbeiten:
    - Förderung von Früherkennung und Abbau von Hemmnissen für HIV-Tests;
    - Sicherstellung von Behandlung im Frühstadium und Darstellung der Vorteile einer früher einsetzenden Behandlung;
  2. fordert die Kommission auf, eine angemessene Überwachung und Kontrolle durch das Europäische Zentrum für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten sicherzustellen, einschließlich genauerer Schätzungen (Umfang, charakteristische Merkmale) der Bevölkerungsgruppen, bei denen keine Diagnose erfolgt ist;
  3. fordert die Kommission auf, politische, finanzielle und personelle Ressourcen zur Unterstützung der Umsetzung einer solchen Strategie bereitzustellen;
  4. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass die Möglichkeit besteht, einen freiwilligen Test zu machen, der nach den Leitlinien von UNAIDS anonym zu erfolgen hat;
  5. fordert die Kommission auf, eine Strategie zur Bekämpfung von HIV/Aids zu entwickeln, die sich insbesondere an Drogenabhängige und Drogenkonsumenten, die sich ihre Drogen intravenös verabreichen, richtet;
  6. fordert die Mitgliedstaaten auf, Empfehlungen des Rates zur Umsetzung von Test- und Behandlungsleitlinien für jeden Mitgliedstaat zu formulieren, die auf gesicherten Erkenntnissen beruhen;
  7. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass bei einer künftigen Überwachung von Fortschritten bei der Bekämpfung von HIV/Aids in Europa und in den Nachbarländern Indikatoren einbezogen werden, mit denen Fragen der Menschenrechte im Zusammenhang mit HIV/Aids unmittelbar angegangen und bewertet werden;
  8. fordert die Mitgliedstaaten und die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die Diskriminierung von mit HIV/Aids infizierten Menschen in den Mitgliedstaaten wirksam als Unrecht geächtet wird;
  9. fordert die Mitgliedstaaten auf, die Informations- und Aufklärungskampagnen zur Vorbeugung, zur Durchführung von Tests und zur Behandlung von HIV/Aids durch

angemessene Öffentlichkeitsmaßnahmen für die verschiedenen Zielgruppen zu intensivieren;

10. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, den Mitgliedstaaten, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, UNAIDS, der Weltgesundheitsorganisation und den Regierungen der Mitgliedstaaten zu übermitteln.